

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
Abteilung Bildungszusammenarbeit
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Bildung und Innovation

René Will
Ressortleiter

Pfingstweidstrasse 102
Postfach
CH-8037 Zürich
Tel. +41 44 384 48 51
www.swissmem.ch
r.will@swissmem.ch

Zürich, 14. Oktober 2015

Vernehmlassung zum Bildungszusammenarbeitsgesetz BiZG

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz, BiZG. Nach eingehender Diskussion der Vernehmlassungsunterlagen innerhalb des Verbandes nehmen wir hiermit gerne Stellung.

Swissmem vertritt die Interessen von mehr als 1'000 Unternehmen der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) sowie verwandter technologieorientierter Branchen. Die MEM-Industrie stellt einen der grössten industriellen Sektoren der Schweizer Wirtschaft dar und erbringt die Hälfte der industriellen Wertschöpfung. Dies entspricht gut 9 Prozent des Bruttoinlandprodukts der Schweiz. Für 2014 ist die MEM-Industrie mit über 333'000 Beschäftigten die mit Abstand grösste industrielle Arbeitgeberin und bestreitet mit Exporten von über CHF 66 Milliarden beinahe 32 Prozent der gesamten Güter-Ausfuhren der Schweiz. Die Branche wird durch KMU geprägt; 99 Prozent der Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Mitarbeitende.

Swissmem setzt sich stark für die Ausbildung Jugendlicher ein und übernimmt die Rolle einer Organisation der Arbeitswelt von sieben beruflichen Grundbildungen. In der formalen Weiterbildung, insbesondere der höheren Berufsbildung, weist die MEM-Branche ein grosses Spektrum an Entwicklungsmöglichkeiten auf. Swissmem engagiert sich auch hier als Trägerin von drei Berufsprüfungen, zwei höheren Fachprüfungen und sieben Fachrichtungen an höheren Fachschulen.

Unsere Stellungnahme lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Swissmem unterstützt eine verbesserte Koordination, sowie eine verbesserte Zusammenarbeit im Bereich des Bildungsraumes Schweiz zwischen Bund und Kantonen.
- Aus dem neuen Gesetz dürfen für Bund und Kantone weder neue Aufgaben, Aufgabenzuteilungen noch neue Regulierungen abgeleitet werden. Bei den gemeinsamen Projekten müssen Prozesse eingeführt werden, welche die Effizienz und Effektivität der Aktivitäten evaluieren und allenfalls auch eine Beendigung herbeiführen.
- Eine vereinfachte Zusammenarbeit muss sich auch finanziell positiv auswirken. Ein unbegründeter, jährlicher Mehraufwand von 0.4 Millionen Franken ist daher ungerechtfertigt und belastet die BFI-Botschaft unnötig.
- Ergänzend zur Sicherstellung von Qualität und Durchlässigkeit im Bildungsraum gehört auch die Ermöglichung einer persönlichen Mobilität innerhalb des Bildungsraums zu den Aufgaben von Bund und Kantonen.

Der Bildungsraum Schweiz ist geprägt von einer hohen Durchlässigkeit. Diese bedingt ein systemisches Verständnis der Zusammenhänge im Bildungsraum Schweiz. Bildungspfade laufen entlang verschiedener Bildungsstufen und Bildungsbereiche mit unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund und Kantonen. Ein gemeinsames Verständnis des Bildungsraumes, sowie die Koordination und Zusammenarbeit, sind für die Qualität und die Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz von zentraler Bedeutung. Sie sind ebenfalls Voraussetzung für ein kostengünstiges und effizientes Bildungssystem in der Schweiz. Insbesondere ein Bildungsmonitoring liefert uns als Organisation der Arbeitswelt wichtige Daten zur Qualitätssteigerung und zur Bildungssteuerung.

Zusammenarbeitsprojekte zwischen Bund und Kantonen dürfen nicht zu Selbstläufern werden. Bei der Projektkonzeption ist vorzusehen, dass die Projekte regelmässig daraufhin geprüft werden, ob sie den strategischen Zielsetzungen der Bildungspolitik genügen. Ausserdem muss regelmässig evaluiert werden, ob der Ressourceneinsatz effizient erfolgt. Die Definition von Kriterien für eine Beendigung der Zusammenarbeitsprojekte gehört ebenso zur Projektkonzeption. Eine grundsätzliche Zielsetzung für Zusammenarbeitsprojekte im Bereich des Bildungsmonitorings muss sein, Effizienzsteigerungen im Bildungsraum zu identifizieren. Wir erachten das Monitoring als ein zentrales Instrument um die hohen Bildungskosten in der Schweiz optimieren zu können.

Bund und Kantone werden durch die Bundesverfassung verpflichtet in deren Rahmen gemeinsam für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes zu sorgen. Swissmem unterstützt dieses Anliegen und begrüsst in diesem Sinne den vorliegenden Entwurf des Bildungszusammenarbeitsgesetzes (BiZG) grundsätzlich. Dies unter dem Vorbehalt, dass der Erlass nicht in die verfassungsmässigen Kompetenzen von Bund und Kantonen eingreift. Aus dem Erlass dürfen keine neuen Aufgaben, Aufgabenzuteilungen und Regulierungen abgeleitet werden.

Aus Sicht der Wirtschaft zeichnet sich ein föderal organisierter Bildungsraum durch folgende Eigenschaften aus: Qualität, Durchlässigkeit und Mobilitätsfreiheit von Fachkräften. Obwohl in Art. 61a der

Bundesverfassung die Mobilität nicht explizit erwähnt wird, erwartet Swissmem, dass Bund und Kantone in ihrer Zusammenarbeit auch diesem Merkmal höchste Aufmerksamkeit widmen.

Der erläuternde Bericht weist darauf hin, dass für den Bund zusätzliche finanzielle Belastungen in Höhe von 0.4 Millionen Franken pro Jahr entstehen. Swissmem stellt sich dieser Forderung gegenüber kritisch, da dafür keine Begründung vorliegt. Das BiZG konkretisiert einzig, wie der Bund seine Koordinationspflicht mit den Kantonen wahrnehmen will. Daraus ergeben sich weder für den Bund noch für die Kantone neue Aufgaben. Folglich ist die Forderung nach zusätzlichen finanziellen Mitteln ungerechtfertigt und belastet die BFI-Botschaft unnötig.

Abschliessend bedanken wir uns noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Peter Dietrich
Direktor



René Will
Ressortleiter Berufsbildung